

# **Europa anders wählen - europäisch wählen!**

## **Warum wir ein echtes europäisches Wahlrecht mit transnationalen Listen brauchen!**

In Kooperation mit der ASKO Europa-Stiftung und der Stiftung europäische Kultur und Bildung hatte die **Europa-Union Saar e.V.** zum „Online-Meeting mit Europa“ eingeladen.

**(Berichterstatter: Joachim Gasiiecki)**

Es ist auch für unseren Landesverband von Interesse, über den eigenen Bereich hinauszusehen. Deshalb haben wir unseren Blick auf eine Online-Diskussion des LV der Europa-Union Saar gerichtet. In der Diskussion am 18.06.2021 diskutierten Ass. jur. Manuela Ripa, MdEP, und Dipl. jur. Sebastian Zeitmann, Lehrbeauftragter für europäisches Medienrecht Univ. Saarland/Univ. Würzburg. Eingeleitet und moderiert wurde das Meeting durch die Landesvorsitzende der Europa-Union Saar, Margriet Zieder-Ripplinger. Im Zentrum stand die Frage, welche Bedeutung transnationale Listen bei den Europawahlen für Grenzregionen und die dadurch bestehenden grenzüberschreitenden Großräume haben, also eine Frage, die auch für den Grenzraum Mecklenburg-Vorpommern und seine polnischen Nachbarregionen gilt.

DIE Landesvorsitzende eröffnete das Webinar mit der Feststellung, dass für die Entwicklung grenzüberschreitender Kontakte zwei Dinge erforderlich seien: Einmal generell mehr Kompetenzen für Grenzregionen, zum anderen transnationale Listen für die Europawahlen als eine Voraussetzung zu Sicherung effektiver Zusammenarbeit. Anschließend ergriff die Europaabgeordnete Dr. Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments zu einem kurzen Statement das Wort. Sie hob hervor, dass wir in der EU demokratisch aufgestellt sind, was auch von den meisten Bürgerinnen und Bürgern so empfunden wird. Diskutiert werden muss weiterhin zu den transnationalen Wahllisten, weil es dazu gegenwärtig noch mancherlei Unterschiede gibt.

Der Wissenschaftler S. Zeitmann eröffnete die Diskussion mit der Feststellung, dass wir in der EU zwar allgemeine Rahmenbedingungen für die Durchführung der Wahlen zum EP haben, aber eben noch kein einheitliches Europawahlrecht.

M. Ripa, die einzige Europaabgeordnete des Saarlandes, ergänzte dazu, dass das EP noch kein allgemeines Initiativrecht für Gesetzesvorgaben besitzt, aber zu Wahlrechtsfragen Initiativen ergreifen kann, um den Diskussionsprozess

voran-zutreiben. Eine offene Frage ist die Art und Weise, wie transnationale Listen aus-gestaltet sein sollten. Gegenwärtig liegt ein spanischer Vorschlag vor, der von der Schaffung europäischer Wahlkreise ausgeht, damit überhaupt für einen Teil der zu wählenden Abgeordneten transnationale Listen aufgestellt werden können. Über diesen Vorschlag wird zurzeit diskutiert, erst im Oktober wird im EP dazu die Meinungsbildung abgeschlossen sein. Dann muss sich im Oktober 2021 der Rat einstimmig dazu positionieren. Die Entscheidungskompetenz liegt endgültig beim Rat. Sollte daraus ein akzeptabler erster Entwurf für wirksame transnationale Listen entstehen, könnte bei den Europawahlen 2024 dieser Ansatz als Pilotprojekt besonders in den Grenzregionen umgesetzt werden.

In der weiteren Diskussion stellten die Gesprächsteilnehmer fest, dass es noch so manche offene Fragen gibt. Um transnationale Listen aufstellen zu können, sind echte europäische Parteien eine wichtige Voraussetzung. Gegenwärtig existieren in der EU nur Zusammenschlüsse nationaler Parteien, die keine wirkliche europäische Vereinbarungen ermöglichen, weil sie letztendlich stets im Gefüge der nationalen verfassungsrechtlich festgelegten Wahlgesetze hängen bleiben. Selbst die Bestimmung von Spitzenkandidaten, die ein wichtiger Hebel für Weiterentwicklungen sein können, hat nur Sinn, wenn es reale trans-nationale Listen gibt.

Als Quintessenz wurde unterstrichen, dass entscheidend bleibt, wie sowohl national als auch europäisch die erforderlichen rechtlichen Grundlagen für die Weiterentwicklung der Wahlabläufe geschaffen werden können. Das setzt aber voraus, dass in allen Mitgliedsländern dafür der entsprechende politische Wille vorhanden sein muss. Sicherlich bietet die begonnene Zukunftskonferenz Möglichkeiten zu Stärkung dieses Willens. Erinnert wurde in diesem Zusammen-hang daran, dass bereits auf europäischer Ebene 2018 die reale Möglichkeit der Orientierung auf transnationale Listen gegeben war, eine Chance, die damals durch Elmar Brok und andere Europaabgeordnete aus Deutschland im Europa-parlament blockiert wurde.

Abschließend waren sich die Gesprächsteilnehmer darin einig, dass die weitere Diskussion besonders in den Grenzregionen weitergeführt werden sollte. Gerade bei der Bewältigung von grenzüberschreitenden Projekten wird die Frage nach europäischen Wahlkreisen und transnationalen Wahllisten die Bürgerinnen und Bürger am ehesten überzeugen. Diesen Standpunkt hält der Berichterstatter auch für die weitere Diskussion in der Grenzregion Mecklenburg-Vorpommern/ Westpommern für bedeutsam.